

Pressemitteilung

Doppelhaushalt 2023/2024: Alle Jahre wieder.

Dresden, 16. Mai 2022. Die Steuerschätzung im Mai prognostiziert leicht höhere Steuereinnahmen für den Staatshaushalt, als bisher erwartet. Angesichts dessen und der weiter anhaltenden Debatte der Landespolitik über den nächsten Doppelhaushalt betont der LandesSchülerRat Sachsen (LSR), dass der Freistaat einen klaren Schwerpunkt auf Investitionen in die Bildung legen muss.

»Seit Monaten streitet sich die Staatsregierung öffentlich über die Schwerpunkte für den nächsten Haushalt. Für uns steht fest: es ist falsch, wenn der Finanzminister die Kürzungspolitik vergangener Jahre wieder aufleben lassen will. Die Schule entscheidet über die Zukunft der Schüler*innen, sprich der zukünftigen Steuerzahler*innen. Corona hat gezeigt, wie groß die Probleme im Bildungssystem sind. Lösungen dafür wird es nicht umsonst geben. Das muss der Finanzminister genauso einsehen wie alle anderen Beteiligten«, fasst die Vorsitzende des LSR Lilly Härtig die Situation zusammen.

Der schon seit Jahren immer wieder besprochenen, aber nie behobenen Personalmangel an den Schulen muss beseitigt werden. Der Lehrkräftemangel und die Sicherung des Unterrichts müssen dabei an oberster Stelle stehen. Aber moderne Schule braucht mehr als nur Lehrkräfte, das sollte nicht erst seit Corona klar sein. Deswegen muss dieser Haushalt den Ausbau der Landesprogramme für Schulsozialarbeit und für Schulassistenten forcieren und die notwendigen Mittel bereitstellen, ebenso wie die Zahl der Schulpsycholog*innen erhöht werden muss.

Zudem gilt es, die Digitalisierung weiter voranzutreiben.

Es braucht verlässliche Förderprogramme für die Schulträger, zudem müssen Ressourcen für die Weiterentwicklung von LernSax bereitgestellt werden. Ebenso müssen die Lehrkräfte thematisch passende Weiterbildungen erhalten.

Weiterhin muss Sachsen die Investitionen in die Eigenverantwortung der einzelnen Schulen stärken. Das bedeutet unter anderem, dass Schulbudgets ausreichend bemessen und der Schule zur freien Verwendung zur Verfügung stehen. Dazu kommt eine ausreichende Ausstattung mit GTA-Mitteln.

LSR-Vorsitzende Lilly Härtig: »Die Steuerschätzung zeigt, dass im Doppelhaushalt 2023/2024 kein Platz für Sparzwänge ist. Auch das Kleinrechnen des Haushaltes durch den Finanzminister kann da nicht als Ausrede dienen. Im Haushalt muss Platz für die Stärkung der Schulen sein, spätestens seit die Pandemie große Lücken in der Bildung gerissen hat.«